

Sondersubventionen ...

Fortsetzung von Seite 10

änderungen beabsichtigt seien. Er wies darauf hin, daß die Einzelhändler in den benachbarten Städten und Gemeinden schon sehr beunruhigt seien. Auch sein Fraktionskollege Günter Kniefelkamp sah die Frage einer möglichen Kaufkraftverschiebung als wichtig an.

F.D.P.-Abgeordneter Hans-Joachim Kuhl kritisierte, daß die Stellungnahme der Landesregierung sich nur unwesentlich von den Ausführungen im Wirtschaftsausschuß unterscheidet. Inzwischen sei ja eine Delegation vor Ort gewesen, um sich das Projekt anzuschauen. Deshalb hätte er hier und heute gern mehr Informationen bekommen. Insbesondere der Wirtschaftsminister habe sich ja sehr positiv geäußert. Daran knüpfte Wolfgang Jaeger (CDU) die Frage an, wie denn der Minister für Städtebau und Wohnungswesen persönlich zu dem Projekt stehe. Robert Schumacher (SPD) wies abschließend darauf hin, daß in dieser Ansiedlungsfrage Bedenken, Hoffnungen und Erwartungen je nach Standpunkt quer durch die Fraktionen sehr unterschiedlich anzutreffen seien. Für ihn sei es wichtig, daß die Grundlagenuntersuchungen sehr sorgfältig vorbereitet würden.

Staatssekretär Dr. Heinz Nehrling vom Städtebauministerium stellte fest, daß sich die Lokalpresse in Oberhausen in einem einig gewesenen sei: Allein schon die Diskussion um diesen Standort habe dem Ruhrgebiet genützt. Der Ausschuß bat den Minister, das Unternehmenskonzept der Firma Triple Five nach Eingang direkt auch dem Ausschuß zuzuleiten, damit eine weitere Beratung und Begleitung dieses Projektes möglich sei.

Zu Beginn befaßte sich der Ausschuß auf Antrag der CDU-Fraktion in einer aktuellen Viertelstunde mit dem Thema von Gesundheitsgefährdungen durch Asbest in Wohnungen. Hierzu teilte Abteilungsleiter Dr. Klaus Bußfeld vom Städtebauministerium mit, daß es sich bei dem im Antrag genannten Fall um Balkonverkleidungen aus Well eternit und somit Asbestzement handele.

Hier seien keine Gefährdungen der Bewohner zu befürchten. Zu unterscheiden sei der Asbestzement von Spritzasbest, wie Staatssekretär Dr. Nehrling ergänzte, wozu seit März 1986 allen Bauaufsichtsbehörden eine Informationsbroschüre der ARGEBAU vorliege. Diese Broschüre werde zur Zeit überarbeitet und im Frühjahr in der endgültigen Fassung vorliegen. Dann würden die Bauaufsichtsbehörden automatisch über die neuesten Erkenntnisse zu Gefahren durch Spritzasbest informiert.

Rechtsextremisten an Schulen aktiv

Der Ausschuß für Jugend und Familie beschäftigte sich unter Leitung seines Vorsitzenden Helmut Hellwig (SPD) in seiner Sitzung am 9. März 1989 unter anderem mit den verstärkten Aktivitäten extremistischer Gruppierungen bei Jugendlichen. Die verstärkte Diskussion in den Medien über zunehmende Aktivitäten, insbesondere rechtsextremistischer Gruppierungen, Einfluß auf Jugendliche auszuüben, hat der Ausschuß für Jugend und Familie zum Anlaß genommen, kompetente Gesprächspartner, die sich im Rahmen ihrer Tätigkeit mit dieser

Thematik auseinandersetzen (u. a. Vertreter des Verfassungsschutzes und der Landeschülervertretung), in die Sitzung einzuladen. Durch die Diskussion mit den Gesprächsteilnehmern verschaffte sich der Ausschuß ein Bild über die Vorgehensweise rechtsextremistischer Gruppierungen, insbesondere an Schulen, sowie über das Ausmaß der Aktivitäten.

(Ein ausführlicher Bericht über diese Sitzung erscheint in der nächsten Ausgabe „Landtag intern“.)



Von 1984 bis 1988 hat das Landesamt für Agrarordnung in Nordrhein-Westfalen 1,5 Millionen Bäume und Sträucher auf Hunderten von Einzelflächen in der Breite von drei bis sechs Metern im sogenannten Heckenprogramm angepflanzt. Mit einer Gesamtlänge von 380 Kilometern entspricht dies ungefähr der Luftlinie Aachen-Cuxhaven. Reale Mehrleistungen durch Erweiterung der Baum- und Strauchflora wurden im Rahmen von Flurbereinigungen und Bodenordnungsverfahren von privaten wie öffentlichen Grundeigentümern erbracht. Die Hecken und Gebüsche sowie die Bäume in Reihen und Gruppen wirken sich positiv auf Klima und Boden aus und bieten vielen Pflanzen und Tieren neuen Lebensraum. Ferner sollen die Hecken die Funktion von Verbindungslinien zwischen größeren Naturschutzgebieten, Wäldern, Feldgehölzen und Feuchtgebieten übernehmen. Die sogenannte „Biotopvernetzung“ ist eines der langfristigen Ziele des Landesamtes für Agrarordnung. Das Foto zeigt dichten Heckenbewuchs rechts und hinten in ostwestfälischer Landschaft.

ISDN-Anhörung ...

Fortsetzung von Seite 15

fen. Es sei nicht nur die Zunahme von ungeschützten Telekommunikationsarbeitsplätzen zu erwarten (mit abzusehenden Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme), sondern auch ein Rationalisierungspotential im Dienstleistungsbereich zu befürchten, weil viele Unternehmen verschoben könnten — wozu ihnen ISDN die Möglichkeit biete —, Kunden in die Rationalisierungsbestrebungen einzubeziehen, indem sie Tätigkeiten wie Datenerfassung oder Informationsabruf auf die Kunden abwälzten. Es seien vor allem wieder Frauenarbeitsplätze, betonte Schäffer, die von dieser Rationalisierung betroffen würden. Hier sei der nachdrückliche Appell an die Politik zu richten, bevor über Technik geredet werde, die gesellschaftlich-politischen Ziele festzulegen.

Der DGB fordere in diesem Zusammenhang mit ISDN den Erhalt der Post- und Netzhoheit, was „Rosinenpickerei“ und damit regionale Diskriminierung ausschließe, verlange, da ISDN betriebsübergreifend sei, den Ausbau der überbetrieblichen Mitbestimmung und lege der Landesregierung eine „Technologiepolitik aus einem Guß“, nicht das berührunglose Nebeneinander unterschiedlicher Programme, nahe. Ferner sollte man in einen breiten Dialog mit dem Bürger eintreten über Risiken und Möglichkeiten der neuen Technik, bei deren Beurteilung das Kriterium der Sozialverträglichkeit zugrunde gelegt werden sollte.

Neu im Ausschußdienst

In der Ausschußassistenten der Landtagsverwaltung arbeiten seit einiger Zeit drei neue Bedienstete. Als Assistent des III. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses wurde Ingo Lübbert, Richter am Verwaltungsgericht Aachen, abgeordnet. Für Rolf Take, der zur CDU-Fraktion wechselte, arbeitet jetzt Hans Lauf, vorher Amtsrat im Finanzministerium, dem Haushalts- und Finanzausschuß zu. Als erste Frau in diesem Amt wurde Heike Reineke (zuvor Wirtschaftsministerium) für den Ausschuß für Jugend und Familie und für den Ausschuß für Frauenpolitik eingestellt.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Kirchenrat Helmuth Koegel-Dorfs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht ein. Sie findet am Donnerstag, 16. März 1989, um 9 Uhr im Raum E 3 Z 04 des Landesparlamentes statt.

Hauptanschlüsse für Telefone im Land NRW

7777777 Telefonhauptanschlüsse sind jetzt an das Postnetz in Nordrhein-Westfalen angeschaltet. Wie die Oberpostdirektion Köln mitteilte, hatte das Telefonzeitalter in Deutschland am 12. Januar 1881 mit acht handvermittelten Anschlüssen in Berlin begonnen.